

# KAPSCHACK DIREKT

NEWSLETTER DES DIREKTGEWÄHLTEN  
BUNDESTAGSABGEORDNETEN IM WAHLKREIS 139



## Inhalt

- Grußwort S.1
- Flexible Übergänge in die Rente S.2f.
- Bundeshaushalt 2015 S.3
- Handelsabkommen: Chance oder Risiko S.4f.
- ALGII-Sanktions-Debatte S.5
- Waffenexporte S.6
- Kurz und Knapp S.7
- Sommertour S.8
- Praktikumsbericht Leon Kohlstadt S.8f.

## Ausgabe 9 (08-09/2014) Redaktion: Büro Ralf Kapschack Berlin



Liebe Leserin,

lieber Leser,

ein Jahr ist es jetzt schon her, seit der Bundestagswahl. Kaum zu glauben, wie schnell die Zeit vergangen ist. Und einiges auf der politischen Agenda der Regierung ist bereits abgearbeitet: Mindestlohn, Rentenpaket, Mietpreisbremse, Doppelpass, Reform des Erneuerbare-Energie-Gesetzes usw. Die SPD konnte in diesem Jahr einige Duftmarken in der Regierungsarbeit setzen. Das ist gut für die Glaubwürdigkeit – sagen, was man tut - tun, was man sagt.

Aber es bleibt natürlich noch eine ganze Menge zu tun. Deshalb geht es jetzt nach der parlamentarischen Sommerpause mit hohem Tempo weiter. In einer Klausurtagung der Bundestagsfraktion in Hamburg haben wir uns mit der Arbeitsplanung für die nächsten Monate beschäftigt. In den ersten Plenarsitzungen standen Themen wie die Waffenlieferungen an die Kurden im Irak, der Bundeshaushalt, die Diskussion über die Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA oder der flexible Übergang vom Beruf in die Rente auf der Tagesordnung.

Und auch in der „Sommerpause“ war der Bundestagsabgeordnete nicht nur im Garten und auf der Ter-

rasse. Ich war im Wahlkreis unterwegs. Die Fotogeschichte dazu findet sich weiter unten.

In den nächsten Wochen möchte ich damit beginnen, eine regelmäßige Sprechstunde in den fünf Städten des Wahlkreises anzubieten. Über Ankündigungen in den Tages- und Wochenzeitungen, aber natürlich auch über Hinweise auf der Homepage werde ich über die konkreten Termine informieren.

Wie immer an dieser Stelle: Viel Spaß bei der Lektüre dieser neuen Ausgabe meines Newsletters.

## Sommertour 2014 in Bildern

Die Personalchefin der Firma Reuss-Seifert GmbH in Sprockhövel zeigt mir den Betrieb



Die AWO Kita in Heven hat einen Schwerpunkt auf Sprachbildung und Integration



## FLEXIBLE ÜBERGÄNGE IN DIE RENTE



Andrea Nahles, MdB  
Bundesministerin für Arbeit  
und Soziales



Katja Mast, MdB  
Sprecherin „Arbeit  
und Soziales“

Mit dem Rentenpaket und insbesondere mit der abschlagsfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren hat die Bundesregierung wichtige Verbesserungen umgesetzt. Aber es bleibt noch viel zu tun. Einige Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion haben versucht, den Eindruck zu erwecken, als sei das eigentliche Problem, dass Menschen nicht länger als bis 65 bzw. 67 arbeiten dürfen.

Die Mär des gesetzlich vorgeschriebenen Rentenalters scheint tief in unsere Gesellschaft verankert zu sein. Es gibt keine gesetzliche Regelung, die Menschen daran hindert über das 65. Lebensjahr hinaus zu arbeiten. Was stimmt ist, dass es Tarifverträge gibt, in denen ein Rentenalter verankert ist. Aber so wichtig und bedeutend Tarifverträge auch sind, es sind keine gesetzlichen Hürden.

Das durchschnittliche Renteneintrittsalter liegt derzeit bei 61 Jahren und somit weit entfernt von 65 Jahren, noch weiter von 67. Viele Frauen und Männer schaffen es aus gesundheitlichen Gründen gar nicht bis zum gesetzli-

chen Renteneintrittsalter. Für sie klingt die Forderung nach einem Arbeiten über das derzeitige Rentenalter hinaus wie Hohn.

Denn viele von ihnen müssen große finanzielle Einschnitte (3,6% pro Jahr) in Kauf nehmen. Das heißt, dass wir in erster Linie die Voraussetzungen dafür schaffen müssen, dass Menschen überhaupt gesundheitlich in der Lage sind, länger in ihrem Beruf zu bleiben, als es heute der Fall ist. Wir müssen flexible Übergänge vom Beruf in die Rente schaffen und absichern. Darüber hinaus braucht es bedarfsorientierte Lösungen für gesundheitlich eingeschränkte Personen.

Die Menschen, die wollen und können, sollen die Möglichkeit bekommen, länger zu arbeiten. Sie zahlen weiterhin Steuern und Sozialabgaben und der Wirtschaft bleibt Fachwissen erhalten. Es bringt aber überhaupt nichts, bei einem durchschnittlichen Renteneintrittsalter von 61 Jahren, über eine Rente mit 70 zu diskutieren, da wir sonst Millionen von Menschen mit

Abzügen in Rente schicken würden. Die Übergänge zwischen Beruf und Rente müssen aber deutlich flexibler werden, und mehr auf die Bedürfnisse der Beschäftigten, ihre physische und psychische Belastungsfähigkeit Rücksicht nehmen. Dazu gibt es ja längst in einzelnen Branchen, wie z.B. der Chemieindustrie entsprechende tarifvertragliche Regelungen.

Rechtlich ist es schon heute möglich, ab dem 63. Lebensjahr eine Teilrente in Anspruch zu nehmen. Diese Möglichkeit ist aber derzeit, vor allem wegen starrer Regelungen beim Hinzuverdienst so unattraktiv, dass sie nur von einer verschwindend geringen Anzahl von Menschen in Anspruch genommen wird.

Hier kann und muss der Gesetzgeber Verbesserungen vornehmen. Grundsätzlich sollte es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch betriebliches Gesundheitsmanagement,

*Weiter geht es auf der  
nächsten Seite*

Die Firma Vulkan Inox GmbH in Hattingen ist Weltweiter Marktführer bei Edelstahl-Strahlmitteln



## FORTSETZUNG: FLEXIBLE ÜBERGÄNGE

Arbeitsorganisation etc. und auch durch altersgerechte Arbeitsplätze möglich sein, solange wie möglich, mindestens aber bis zum Renteneintrittsalter zu arbeiten. Auch dafür muss Politik die Weichen stellen. Aber parallel dazu sollte den Menschen die Option gegeben werden vor dem 63. Lebensjahr eine Teilrente in Anspruch

zu nehmen, ohne, dass die finanziellen Einbußen so hoch sind, dass dieses Instrument unattraktiv ist.

Die Regierungskoalition hat zum Thema Flexible Übergänge eine gemeinsame Arbeitsgruppe gebildet, die ihre Arbeit aufgenommen hat. Bis Ende des Jahres sollte es konkrete Ergebnisse geben.

## BUNDESHAUSHALT 2015: ERSTE LESUNG

2015 soll der Bund keine neuen Schulden mehr machen. Allein der Versuch einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen ist ein Novum. Gleichzeitig zu versuchen, die Investitionskraft von Bund, Ländern und Gemeinden sicherzustellen, ist ein mutiger Schritt

Allerdings muss klar sein, dass eine „schwarze Null“ kein Selbstzweck sein darf. Sie darf nicht zum Fetisch werden, wie Hannelore Kraft es formuliert hat. Was haben wir davon, wenn der Bundeshaushalt

ausgeglichen wird, gleichzeitig aber Infrastruktur und Bildungssystem auf dringend notwendige Investitionen verzichten müssen, ja nicht einmal Instandhaltung finanziert werden kann? Dann wird Sparen ins Gegenteil verkehrt. Diese Gefahr besteht akut.

Ich weiß, dass auch unsere Städte und Gemeinden dringend zusätzliche Finanzmittel brauchen, um die Handlungsfähigkeit zu erhalten. Die Fraktion der SPD im Bundestag wird weiter mit

Nachdruck daran arbeiten, dass, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Kommunen im Zusammenhang mit dem neuen Bundesteilhabegesetz (Reform der Eingliederungshilfe) um 5 Milliarden entlastet werden. 1 Milliarde vorab für die Kommunen ab 2015 sind dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Das reicht aber nicht.

*Meine Rede im Bundestag zum Thema Bundeshaushalt findet man auf meiner Homepage unter der Rubrik „Reden im Deutschen Bundestag“*



Das Thema Rente war Schwerpunkt meiner Rede in der Haushaltsdebatte

*Bildquelle: Deutscher Bundestag*

In Witten besuchte ich das Zeltlager des DRK Heldencamps



Die SchülerInnen der Gesamtschule Hattingen hatten viele Fragen zu den Waffenlieferungen in den Irak



## HANDELSABKOMMEN: CHANCE ODER RISIKO?



Sieht Abkommen als Chance:

Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel

Die Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA sind in den vergangenen Wochen und Monaten sehr kontrovers diskutiert worden, auch in unserer Partei, auch im Bundestag.

Es geht um das Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) mit Kanada, und um das Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) mit den USA.

Die Auswirkung der Freihandelsabkommen auf die Wirtschaft ist in genauen Zahlen schwer vorherzusehen. Verschiedene Experten haben verschiedene Vorhersagen über den Zuwachs von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum getroffen. Befürworter kommen dabei natürlich auf höhere Zahlen als Kritiker. Unterm Strich kann man aber sagen: Ein Freihandelsabkommen ist gut für die Wirtschaft und vor allem für eine Exportnation wie die unsere. Gerade NRW und das Ruhrgebiet mit unserer Industrie werden vom Abbau der Zölle und einer Harmonisierung der Standards klar

profitieren. Die Erfahrung mit dem europäischen Binnenmarkt zeigt doch, dass es dem Handel gut tut, wenn es keine Zölle gibt und statt 28 standardisierte Schrauben und Muttern vielleicht drei.

Doch eben diese Standards sind einer der beiden größten Kritikpunkte an den Freihandelsabkommen. Da haben Bilder von Chlorhühnchen und Sorgen um genmanipulierten Mais die Runde gemacht. Für die SPD-Fraktion steht fest, dass die Freihandelsabkommen nicht zu einer Absenkung unserer europäischen und deutschen Standards führen dürfen. Die Unterhändler der EU müssen dafür Sorge tragen, dass von der EU und europäischen Staaten erarbeitete Sicherheits-, Gesundheits- und Sozial- oder Arbeitsvorschriften nicht untergraben werden.

Man muss aber auch fairerweise sagen, dass die USA in einigen Bereichen strengere Vorgaben haben als wir. Eine Einigung über angemessene Standards ist also im Interesse aller Beteiligten und Grundlage für die Zustim-

mung der SPD zu den Handelsabkommen.

Oft wird zurecht kritisiert, wie die Abkommen zustande kommen und was dabei hineingeschrieben wird. Dabei stößt die hinter verschlossenen Türen vereinbarte Investitionsschutzklausel bei uns auf klare Ablehnung. Beim Thema des Schutzes von Investoren vor staatlicher „Willkür“ sind wir uns in der SPD einig: Ein Aushebeln, Unterwandern oder Umgehen rechtsstaatlich beschlossener Regelungen für das Allgemeinwohl durch Klagen von Investoren ist auszuschließen. Bundeswirtschaftsminister Gabriel hält eine spezifische Investitionsschutzregelung für unnötig, da hinreichender Rechtsschutz von nationalen Gerichten besteht.

Vor allem fordert Sigmar Gabriel die EU auf, die Abkommen von den europäischen nationalen Parlamenten bestätigen zu lassen. Eine Zustimmung der Parlamente

*Weiter geht es auf der nächsten Seite.*

Mit Genossinnen und Genossen am SPD-Tisch in der Herdecker Fußgängerzone





## FORTSETZUNG: HANDELSABKOMMEN

aller Mitgliedstaaten würde das Handelsabkommen legitimieren. Gleichzeitig würde die Gefahr eine Ablehnung unter Umständen Spielraum für Nachverhandlungen eröffnen. Mir ist wichtig, dass wir uns nicht aus Angst eine große Chance ver-

bauen, von der fortschreitenden Globalisierung als Exportnation zu profitieren und gleichzeitig unsere Standards zu exportieren.

Die berechtigten Sorgen werden aufgenommen und berücksichtigt.

Die Position der SPD-

Bundestagsfraktion wird vom Beschluss des SPD-Parteikonvents und einem gemeinsamen Positionspapier zwischen SPD und DGB gestützt. Beide zeigen die Leitplanken auf, die aus sozialdemokratischer Sicht jedes Freihandelsabkommen haben muss.

*Den Beschluss des Parteikonvents zu TTIP gibt es hier:*

[http://www.spd.de/scalableImageBlob/123760/data/20140920\\_parteikonvent\\_beschluss\\_ttip-data.pdf](http://www.spd.de/scalableImageBlob/123760/data/20140920_parteikonvent_beschluss_ttip-data.pdf)

## ALG-II-SANKTIONEN-DEBATTE: SANKTIONEN MÜSSEN DER REALITÄT ANGEPASST WERDEN

In Berlin wird zurzeit über mögliche Änderungen im Bereich der ALG-II-Sanktionen diskutiert. Lange bevor überhaupt etwas spruchreif ist, hat die Bild-Zeitung eine Diskussion eröffnet, die den Anschein erweckt, als wolle Bundessozialministerin Andrea Nahles Sanktionen im ALG-II abschaffen.

Es gibt keine Planungen, Sanktionen grundsätzlich abzuschaffen. Richtig ist, dass Hinweise und Vorschläge aus der Praxis der Jobcenter kommen. Die sollen aufgegriffen werden und im Ergebnis zu einer Vereinfachung führen,

aber nicht zur Abschaffung von Sanktionen. Selbst die übergroße Mehrzahl der von Sanktionen betroffenen EmpfängerInnen von Grundsicherung bzw. ALG II halten die Möglichkeit von Sanktionen für sinnvoll, um Verhalten zu ändern. Grundsätzlich diskutieren wir also über eine Rechtsvereinfachung.

Beispielsweise gibt es aus den Jobcentern vor Ort die Bitte, die Möglichkeit der härteren Sanktionierung von Menschen unter 25 zu überprüfen, weil sich diese Strategie als wenig zielführend und effektiv erwiesen hat. Außerdem können so

gar die Miete – wie auch die Zahlung der Heizkosten – komplett gestrichen werden. So können gerade junge Menschen im schlimmsten Fall durch den Staat in die Obdachlosigkeit gedrängt werden. Das kann doch nicht sein!

In den nächsten Wochen soll es konkrete Vorschläge aus dem Ministerium geben. Unser Koalitionspartner ist im Moment noch sehr zurückhaltend, was die Notwendigkeit einer Rechtsvereinfachung angeht, ganz im Gegensatz zu den PraktikernInnen aus Jobcentern und Sozialgerichten.

In Hattingen stellt die Firma Resol Steuerungen für Solaranlagen her



Die Einrichtung für psychisch Kranke „Haus Viadukt“ feierte diesen Sommer ihren 30. Geburtstag



## WAFFENEXPORTE IN DEN IRAK: MEINE POSITION

Der Konflikt im Irak ist auch im politischen Berlin ein beherrschendes Thema. Es hat sogar zu einer vorgezogenen Sondersitzung des Parlaments am 01. September geführt. Die Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) breitet sich im Irak, aus Syrien kommend, aus. Sie unterdrückt Menschen brutal, tötet, foltert, versklavt und treibt eine Welle von Flüchtlingen vor sich her. Die UN schätzt die Zahl der Vertriebenen auf mehr als eine Million. Der IS hat Waffen der geflohenen irakischen Armee erobert und treibt so den Vormarsch des Terrors voran. Nur die Truppen der regionalen kurdischen Regierung (Peschmerga) bieten den Terroristen noch einigermaßen Widerstand, unterstützt von amerikanischer Luftwaffe.

Klar ist: Den Opfern des IS und den Flüchtlingen im Irak muss geholfen werden! Unklar ist jedoch, welche Mittel dafür angebracht sind. Die SPD-Fraktion im Bundestag ist sich einig, die Menschen in der Region mit humanitärer Hilfe zu unterstützen; Essen, Kleidung, Decken und Medikamente werden dringend gebraucht. SPD-Fraktionschef

Oppermann sicherte in der Bundestagsdebatte weitere finanzielle Unterstützung zu, über die zu den bereits vereinbarten 50 Millionen Euro weitere Ausgaben hinaus.

An den Waffenlieferungen habe ich allerdings erhebliche Zweifel. Deshalb habe ich sowohl in der Fraktion als auch im Bundestag dagegen gestimmt.

Ja, die Kurden brauchen Unterstützung. Ja, sie verdienen Hilfe bei der Versorgung der vielen Flüchtlinge, die sie auf ihrem Territorium aufgenommen haben. Und wir haben eine Verantwortung als Mitglied der internationalen Gemeinschaft, Menschenrechte und Menschenleben zu schützen.

Es stimmt aber auch: Die Kurden hegen schon seit Langem einen Wunsch nach Unabhängigkeit. Mitglieder ihrer Volksgruppe haben in der Türkei aus demselben Grund die PKK gegründet – eine Vereinigung, die in Deutschland wegen ihrer Gewaltbereitschaft als Terrorgruppe eingestuft wird. Für eine friedliche Beilegung der kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen

in einer derartig instabilen Region ist eine Waffenlieferung sicherlich nicht förderlich. Außerdem könnten deutsche Waffen in falsche Hände geraten. Schon jetzt kämpfen IS Truppen mit erbeuteten amerikanischen Waffen.

Vor allem aber bin ich der Überzeugung, dass die Vereinten Nationen gefordert sind. Diese Option wurde in der Debatte mit Hinweis auf die zurzeit schlechten Beziehungen zwischen Russland und den USA wegen der Ukraine-Krise viel zu schnell als wenig erfolgversprechend abgetan. Es fehlt nicht an Waffen in der Region, es fehlt an einem Plan und einem politischen Konzept, wie es weitergehen soll. Natürlich haben die Kurden ein Recht auf Notwehr. Vor allem brauchen die Menschen aber humanitäre Hilfe, Fluchtkorridore und Sicherheit. Möglicherweise müssen die Vereinten Nationen dafür sogar auf Grundlage eines UN-Mandats Truppen entsenden. Waffenlieferungen allein helfen jedoch, wenn überhaupt, nur kurzfristig und bergen meiner Meinung nach auf lange Sicht mehr Risiken als erhoffte Lösungen.

Im Gespräch mit angehenden KrankenpflegerInnen am Ev. Krankenhaus in Witten



## KURZ UND KNAPP

### Mietpreisbremse

Die SPD hat mit der Mietpreisbremse die Umsetzung eines weiteren Wahlversprechens auf den Weg gebracht. Diesen Monat stellte Justiz- und Verbraucherschutzminister Heiko Maas (SPD) den Gesetzentwurf vor: Künftig sollen beim Mieterwechsel die Mietsteigerungen nicht mehr als 10% gegenüber den ortsüblichen Vergleichsmieten betragen. Wuchermieten gehen immer zu Lasten der sozial Benachteiligten. Um den Wohnungsneubau nicht zu beeinträchtigen, werden Neubauwohnungen von dieser Regelung ausgenommen.

### Elterngeld Plus – Flexiblere Elternzeit

Am 26. September 2014 ist die Einführung des Elterngeldes Plus mit Partnerschaftsbonus und einer flexibleren Elternzeit in den Deutschen Bundestag eingebracht worden. Ziel des Gesetzentwurfes ist es die „Rush-Hour des Le-

bens“ zu entzerren - die Lebensphase vieler 25-45 Jähriger: Berufseinstieg und –aufstieg, Familiengründung, Ehrenamt, und, und, und. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig möchte daher für Familien eine Zeitpolitik gestalten, die es erleichtert Beruf, Familie und Ehrenamt zu vereinbaren. Das ist auch das, was sich die Mehrheit der Familien wünscht.

Das Elterngeld Plus ist dafür ein erster Baustein. Es erweitert das bisherige Elterngeld und erleichtert die Kombination von Elterngeld und Teilzeitarbeit: Der Bezugszeitraum wird verlängert und bei partnerschaftlicher Aufteilung ein zusätzlicher Bonus gewährt. Außerdem ermöglicht es den Bezug von Elterngeld auch für den Zeitraum zwischen dem 3. und 8. Geburtstag des Kindes und greift damit in die sensible Phase der ersten Schuljahre. Mit dem Elterngeld Plus wird ein wei-

teres Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag eingelöst. Nun geht es in die Beratungen im Deutschen Bundestag. Nähere Informationen gibt es hier: <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/familie,did=209870.html>

### Asylbewerberleistungs-gesetz

Auch für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten war der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf nicht ganz unumstritten. Insbesondere die Einstufung der Staaten Bosnien und Herzegowina, Mazedonien und Serbien als sichere Herkunftsländer sehen viele von uns kritisch.

Allerdings konnten wir deutliche Verbesserungen beim Zugang zum Arbeitsmarkt erreichen: Die Residenzpflicht soll gelockert werden, die Arbeitsaufnahme wird erleichtert und die Vorrangprüfung bei der Arbeitsaufnahme entfällt nach 15 Monaten.



Viel Spaß beim Besuch bei „Zippe“ – einem Projekt für Kinder im Rahmen der Hattinger Ferienspiele



## UNTERWEGS IM WAHLKREIS – SOMMERTOUR 2014

Wie die meisten meiner Berliner Kolleginnen und Kollegen habe auch ich die parlamentarische Sommerpause für eine Sommertour durch meinen Wahlkreis genutzt.

Von Kinder- und Jugendeinrichtungen, über berufsbildende Schule bis hin zu Weltmarktführern in der Wirtschaft habe ich viele In-

stitutionen und Firmen besucht: Düchtig in Witten, Resol in Hattingen, Reuss-Seifert in Sprockhövel, GVS in Herdecke, die AWO KiTa in Witten, die Gesamtschule in Hattingen und die Pflegeschule in Witten, um nur einige Firmen und Institutionen zu nennen.

Die Besuche in allen fünf Städten hat mir gezeigt, wie

facettenreich der nördliche EN-Kreis ist.

Die Gespräche mit den Menschen – egal ob es zum Beispiel führende Köpfe der regionalen Wirtschaft waren oder Auszubildende aus dem Pflegebereich – haben mir viele Eindrücke und Anregungen mit auf den Weg gegeben.

## PRAKTIKUMSBERICHT - LEON KOHLSTADT

*Leon Kohlstadt aus Witten hat in der Zeit vom 02. Juni bis zum 04. Juli 2014 ein Praktikum in meinem Berliner Büro absolviert. Ein paar seiner Eindrücke hat er für den Newsletter aufgeschrieben:*

„Ich hatte gerade erst mein Abitur in der Tasche, da machte ich mich auf nach Berlin, um mein Praktikum bei Ralf Kapschack anzutreten, dass ich voller Vorfreude erwartete. Ich hatte das Glück, dass mein erster Tag in Berlin in einer Sitzungswoche lag, denn dadurch erlebte ich direkt eine auf Hochtouren arbei-

tende Volksvertretung. In Sitzungswochen sind die Abgeordneten anwesend, die Ausschüsse und das Plenum tagen.

Ich kann auch nicht verhehlen, dass es anfangs ein aufregendes Gefühl war, frei durch das Zentrum der politischen Macht in Deutschland, das Reichstagsgebäude und die angeschlossenen Gebäude, zu laufen und dabei wie selbstverständlich der Prominenz aller Fraktionen zu begegnen. Aber ich kann versichern, dass man sich daran recht schnell gewöhnt, denn auch die Abgeordneten sind ganz

offenkundig völlig normale Menschen. Schon am zweiten Tag meines Praktikums konnte ich Ralf und seine Mitarbeiter zur Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales begleiten, also der Arbeitsgruppe der SPD-Abgeordneten im Ausschuss für Arbeit und Soziales. Dort ging es unter anderem um den Mindestlohn. Ein Thema, dass auch mir als SPD-Mitglied am Herzen liegt. Ohnehin erwies sich der im „Tarifpaket“ enthal-

*Weiter geht es auf der nächsten Seite*

Ein informativer Besuch beim mittelständischen Traditionsbetrieb Düchting in Witten





## FORTSETZUNG: PRAKTIKUMSBERICHT

tene Mindestlohn als ein beherrschendes Thema meiner Zeit in Ralf Kapschacks Büro. Auch in den Plenardebatten, von denen ich einige von der Besuchertribüne aus hören konnte, ging es oft um dieses Thema.

Auch die Besprechungen im Ausschuss für Arbeit und Soziales und der bereits erwähnten zugehörigen SPD-Arbeitsgruppe waren sehr interessant. So öffnete sich mir ein kleines Fenster, das Einblick in den komplizierten Gesetzgebungsprozess bot. Dabei wurde auch deutlich: Der Deutsche Bundestag ist ein Hort der Demokratie. Aller (berechtigten) Kritik an der Entfremdung zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern zum Trotz konnte ich feststellen: die Abgeordneten sind alles andere als Abnicker, die andauernd dem Fraktionszwang erliegen - kontroverse Debatten sind an der Tagesordnung.

Ich habe keinen Abgeordneten erlebt, der bei mir nicht den Eindruck erweckte, sich

seiner Rechte und seiner Verantwortung voll bewusst zu sein. Dementsprechend ist bei allen Abgeordneten ein hoher Sachverstand festzustellen, was ich vor allem bei Veranstaltungen im Rahmen des Praktikantenprogramms beobachten konnte. Dieses bot unter anderem die Möglichkeit zur Besichtigung des Bundesfinanzministeriums und des Bundeskanzleramts nicht nur unter architektonischen Gesichtspunkten interessante Termine. Die erstaunliche Verquickung des Gebäudes des Finanzministeriums mit der deutschen Geschichte, vom Nationalsozialismus über die DDR bis zum Wiedervereinigten Deutschland, wurde in der Besucherführung dargelegt. Den Großteil meiner Zeit verbrachte ich jedoch im Büro, wo ich Bürgeranfragen beantwortet und dafür recherchierte. Dadurch habe ich auch selbst einiges über die entsprechenden Themen gelernt. Außerdem habe ich zum Beispiel Artikel für den Newsletter des Abgeordneten sowie Proto-

kolle geschrieben. Nicht zuletzt zählt jedoch das Abholen der Post von der Poststelle zu den zentralen Aufgabenbereichen eines Bundestagspraktikanten.

Auch einen anderen Aspekt meines Praktikums möchte ich an dieser Stelle betonen: Es war äußerst interessant und hilfreich sich immer wieder mit anderen MdB-Mitarbeitern und vor allem natürlich anderen Praktikanten zu unterhalten. Zum einen konnte ich auf diese Weise Einiges über die Arbeitsweise des Parlaments erfahren, als auch Hilfreiches für meine Studien- und Berufswahl. Zudem möchte ich anmerken, dass ich auch einige zwischenmenschlich bereichernde Kontakte knüpfen konnte.

Zuletzt möchte ich noch Ralf und seinen Mitarbeitern Henriette und Axel für die freundliche Aufnahme im Büro danken. Ich bin sicher, dass Ralf den Wahlkreis 139 in Berlin gut vertritt und sehr hilfreiche Mitarbeiter zu seiner Unterstützung hat.“

*Leon Kohlstadt*



**Der nächste Newsletter erscheint Ende Oktober**

Kontakt Berlin

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.:

030 227 -75601

/-75602

Kontakt Wahlkreis

Annenstr. 8

58453 Witten

Telefon:

02302- 2779444

E-Mail:

Ralf.Kapschack@

Bundestag.de

Online

www.Ralf-

Kapschack.de

Facebook.com/

EsgehtumGerechtigkeit